



Nr. 21, Februar 2007

Im Umfang reduzierte pdf-Version

Impressum

Arbeitskreis für Agrargeschichte

Der AKA-Newsletter wird für den Arbeitskreis für Agrargeschichte zweimal jährlich herausgegeben vom:

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Westf. Wilhelms-Universität Münster

Redaktion:
Johannes Bracht, Muhliusstraße 28, 24103 Kiel

Mitteilungen, Rezensionen, Diskussionsbeiträge,
Anregungen werden - am liebsten als Datei per E-Mail
- an die o. a. Adresse erbeten.

Interessenten für eine Mitgliedschaft im AKA können
sich an den Vorsitzenden des AKA wenden:

Prof. Dr. Werner Rösener
Historisches Institut
Justus-Liebig-Universität Gießen
D-35394 Gießen
Fon: + 49 (0641) 99-28130,
Fax: + 49 (0641) 99-28139

www.agrargeschichte.de

**Die Auswirkungen von Agrarkonkunktur und -krise der Frühen
Neuzeit auf den mecklenburgischen Umschlag**

(Tobias Pietsch)

S. 1-6

**Schritte in die Moderne: Brüche und Kontinuitäten in der
ländlichen Gesellschaft Sachsens**

(Ira Spieker und Elke Schlenkrich)

S. 7-19

**Landwirtschaft und ländliches Leben in den drei Nordbezirken
der DDR Mitte der 1960er bis Anfang der 1980er Jahre**

(Michael Heinz)

S. 20-30

Rezension

Marie Luisa Allemeyer: „Kein Land ohne Deich ...!“

(K.-J. Lorenzen-Schmidt)

S. 31-34

Bericht

“Agriculture and Economic Development in Europe since 1870”

(Michael Kopsidis)

S. 35-36

www.agrargeschichte.de

Die Auswirkungen von Agrarkonjunktur und -krise der Frühen Neuzeit auf den mecklenburgischen Umschlag¹

Tobias Pietsch

Umschläge sind kombinierte Korn-, Geld- und Warenmärkte der Frühen Neuzeit. Reimer Hansens zusammenfassende und vergleichende Darstellung zu diesem besonderen Markttyp weitete den Blick über den bekanntesten Vertreter in Holstein, in Kiel, hinaus auf eine Kette von Umschlägen über Pommern und Preußen bis ins Baltikum.² In diesen Territorien waren sie wichtige, wenn nicht sogar die wichtigsten Geschäftstermine des Jahres, und wurden alljährlich zu einem festen Termin abgehalten. Die Entdeckung weiterer territorialer Umschläge stand (und steht weiter) zu vermuten.

Der Territorialumschlag des Herzogtums Mecklenburg wurde bislang größtenteils übersehen oder verkannt; die wenigen und knappen Literaturstellen enthalten zahlreiche Fehler. Verantwortlich hierfür ist nicht die Quantität der Quellen, bei genauerer Betrachtung lassen sich wohl einige Tausend Quellen dem Umschlag zuordnen, sondern die Qualität derselben. Die Quellen zu den Finanzgeschäften zwischen 1500 und 1640 erwähnen den Umschlag trotz inhaltlicher Verbindung bestenfalls am Rande; geben als Einzelstück kaum Informationen preis. Erst das Studium einer großen Anzahl der über etliche Bestände verstreuten Quellen ermöglicht eine Beschreibung der Entwicklung des mecklenburgischen Umschlags.

¹ Einige Ergebnisse eines unter dem Titel „Der mecklenburgische Umschlag zu Güstrow“ im Dezember 2007 in den Mecklenburgischen Jahrbüchern erscheinenden Aufsatzes werden hier vorgestellt. Der Kürze halber wird an dieser Stelle auf die dortige ausführlichere Beschreibung dieses Umschlags inklusive aller Quellennachweise verwiesen.

² Hansen, Reimer: Der „Umschlag“. Ein spätmittelalterlich-frühneuzeitlicher Jahrmarkt im südlichen Ostseeraum, in: Ein gefüllter Willkomm. Festschrift für Knut Schulz zum 65. Geburtstag, hg. v. Franz J. Felten, Stephanie Irrgang und Kurt Wesoly, Aachen 2002, S. 549-577.



2006
391 S., kart.
€ 22,- / sFr 35,20
ISBN 978-3-515-08341-6

Michael Kopsidis

Agrarentwicklung Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie

Bäuerliche Agrarrevolutionen prägten Europas Neuzeit und Industrialisierung. Bis heute fehlt jedoch eine befriedigende Erklärung für die ökonomische Vitalität der neuzeitlichen Bauern. Wichtige Beiträge bietet die neuere Entwicklungsökonomie mit ihrer radikalen Neubewertung der Leistungs- und Modernisierungsfähigkeit bäuerlichen Wirtschaftens.

Der vorliegende Band nutzt erstmals systematisch entwicklungsökonomische Erkenntnisse für eine vergleichende Analyse der neuzeitlichen englischen und westfälischen Agrarentwicklung. Dabei zeigt sich, dass sich industrielle und zeitnahe agrarische „Revolutionen“ fundamental unterscheiden. Dennoch stellten die neuzeitlichen Agrarrevolutionen den Durchbruch in die moderne Welt dar. Entscheidend hierfür war die ausgeprägte Anpassungsfähigkeit bäuerlicher Ökonomie an sich beständig wandelnde Märkte.

Franz Steiner Verlag

Wirtschafts- und Sozialgeschichte

PF 101061 • 70009 Stuttgart
www.steiner-verlag.de
service@steiner-verlag.de

Beiträge

Im Mittelalter findet sich noch keine Spur eines Umschlags in Mecklenburg. Vom Ausgang des 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts war in Mecklenburg wie auch andernorts im südlichen Ostseeraum der Vorgänger des Umschlags, der Martini-Termin vom 11. bis 18. November, der gebräuchlichste Zahlungstermin. In Mecklenburg waren Zahlungen zu Martini an keinen zentralen Ort gebunden, jeder Ort mit Marktrecht stand als Zahlungsstätte zur Auswahl. Die Zahlungen zu Martini basierten auf den an diesem Tag überall im Land fälligen Pachten der Bauern, konnten daher auch überall erfolgen.

Genauso eng wie die Beziehung des Martini-Termins zu den bäuerlichen Pachten ist die des Umschlags zur Gutswirtschaft und frühneuzeitlichen Agrarkonjunktur. Ende der 1490er Jahre begann in Mecklenburg die Abkehr vom Martini-Termin und Hinwendung zum Umschlag und damit die fundamentale Umstellung der Wirtschaftsweise. Für den Handel mit den eigenen Agrarprodukten bevorzugte der Adel einen späteren Geschäftstermin als Martini. Solange die Einkünfte des Adels größtenteils aus Pachtzahlungen der Bauern bestanden, war der Termin Martini geeignet, um die übers Jahr aufgelaufenen Verbindlichkeiten zu begleichen. Sobald die Erlöse aus der Gutswirtschaft die bäuerlichen Pachtzahlungen überstiegen, erfolgte die rasche Ersetzung Martinis als wichtigsten Zahlungstermin durch den aufkommenden Umschlag.

Ursächlich für die Entwicklung war der durch fortschreitendes Bevölkerungswachstum ausgelöste Preisanstieg des Grundnahrungsmittels Getreide. Die Gutswirtschaft folgte zeitlich versetzt zur verstärkten Getreidenachfrage. Der ostelbische Adel wurde zum Produzenten für den Markt bzw. Umschlag. Umschlagstätigkeit ist ein zuverlässiger Indikator für Gutswirtschaft. Nicht umsonst findet sich der besondere Markttyp des Umschlags ausschließlich im ostelbischen Raum. Der umwälzende Prozess, bei dem der wenigstens zwei Jahrhunderte alte Martini-Termin durch den in der Mehrzahl der Fälle im Januar stattfindenden Umschlag ersetzt wurde, war in allen Territorien des südlichen Ostseeraums der gleiche. Vorbild für die übrigen Territorien war wohl der älteste und bedeutendste Markt dieses Typs, der Umschlag von Holstein in Kiel.

Zur Entstehung des mecklenburgischen Umschlags trug zum anderen der Prozess der frühmodernen Staatsbildung bei. In die Regierung Magnus II. (1477-1503) fällt das Zusammenwachsen des mecklenburgischen Territoriums aus den einzelnen Landesteilen. Hier wurde der territoriale Rahmen gesetzt, aus einer Personalunion wurde eine Realunion der mecklenburgischen Lande, aus früheren

Beiträge

lokalen und regionalen Terminen gesamtmecklenburgische Landtage, Rechtstage und nicht zuletzt auch Umschläge.

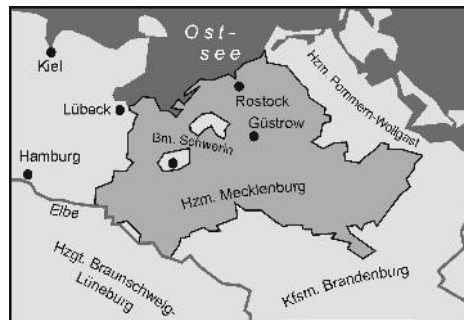
Bis 1554 wurden die Finanzgeschäfte auf dem mecklenburgischen Umschlag alljährlich vom 13. bis zum 20. Januar vollzogen. 1555 erfolgte die Verlegung des Umschlags auf den Antoni-Termin, der Geldmarkt des Umschlags währte nun vom 17. bis zum 24. Januar. Mit der Verlegung wurde die Wahrnehmung des unmittelbar zuvor stattfindenden holsteinischen Umschlags in Kiel ermöglicht. Der Umschlag war der Ort, an dem nicht nur der frühmoderne mecklenburgische Staat seinen Finanzbedarf stillte, sondern auch der Adel Mecklenburgs und angrenzender Gebiete Brandenburgs und Vorpommerns nutzte den Finanzplatz Güstrow. Alljährlich wechselten hier Hunderttausende Gulden den Besitzer. Die zwischen 1505 und 1594 ziemlich konstante Anzahl auf den Umschlagtermin ausgestellter Urkunden in Finanzgeschäften deutet auf stabile wirtschaftliche Verhältnisse hin. Die Erlöse aus dem Verkauf des Überschussgetreides waren hoch genug, um die Kreditbedürfnisse im Einzugsgebiet des Umschlags zu befriedigen. Trotz einiger Kreditbeziehungen über das Einzugsgebiet des mecklenburgischen Umschlags hinaus war der Finanzmarkt des Umschlags weitgehend autark, die Kreditvergaben erfolgten in einem Netz persönlicher Beziehungen und wurden lange vorher abgesprochen.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten machten den Kern des Umschlags aus. Zum gesellschaftlichen Ereignis ersten Ranges wurde er mit den weiteren im Umfeld stattfindenden Veranstaltungen und Vergnügungen, auf die hier nur kurz hingewiesen werden kann. Zeitlich parallel fanden Rechtstage, Landtage und politische Beratungen statt. Im Gegensatz zu Holstein blieb der gemeinsame Veranstaltungsort der zum Umschlagtermin gehörigen Veranstaltungen bis weit ins 16. Jahrhundert unbestimmt. Grundsätzlich standen mit Rostock, Wismar, Schwerin, Güstrow und Neubrandenburg die Zentralorte aller fünf mecklenburgischen Landesteile für die Ausrichtung zur Verfügung. Erst nach sieben Jahrzehnten erhielt der Umschlag Ende der 1560er Jahre seinen festen Platz in Güstrow. Die Entscheidung zugunsten dieser Stadt fiel einerseits wegen ihrer zentralen Lage, andererseits war sie Residenzstadt und als solche prädestiniert für die Abhaltung der parallel stattfindenden Januar-Hofgerichtstage.

Umschlag und Gutswirtschaft gerieten zum Wechsel vom 16. zum 17. Jahrhunderts in eine tiefe Krise, für die maßgeblich die klimatische Entwicklung verantwortlich war. Das Klima hatte sich mit der *kleinen Eiszeit* seit Beginn der 1570er Jahre dermaßen verschlechtert, die 1590er wurden von einer solchen Kette von Missernten geprägt, dass selbst in dem Agrarland Mecklenburg Hungersnöte herrschten. Die

Beiträge

„große Teuerung“ von 1597/98, die aus den aufeinander folgenden Missernten von 1596 und 1597 resultierte, bildete den eigentlichen Wendepunkt der Entwicklung in Mecklenburg lange vor dem Dreißigjährigen Krieg. In den Notjahren erzielten die Gutswirtschaften angesichts der enormen Ernteauffälle nicht die Gewinne der Vorjahre, denn die Preisentwicklung des Getreides fand ihre Grenzen im Geldsäckel der Käufer. Teile der Bevölkerung verhungerten oder gesellten sich zu den Gesetzlosen und fielen so als künftige Käufer aus. Damit ging das über ein Jahrhundert funktionierende Konzept der Refinanzierung von Investitionen in die Gutswirtschaft über künftige Getreideverkäufe nicht länger auf. Bei den folgenden guten Ernten von 1598 bis 1600 traf so ein hohes Angebot auf gesunkene Nachfrage.



Das Herzogtum Mecklenburg
Mitte des 16. Jahrhunderts
(Karte: J.Bracht)

Die großen Gewinneinbrüche sowohl bei schlechten wie guten Ernten verursachten heftige Aktivitäten am Kapitalmarkt, die Finanzgeschäfte zum Umschlagtermin verdoppelten sich schlagartig im Zeitraum 1595-1624 gegenüber den vorangegangenen 90 Jahren. Bei einem Anteil der Getreideverkäufe von circa 50 Prozent an den Einnahmen lässt sich der Einbruch unschwer in den mecklenburgischen Staatsfinanzen nachweisen. In der Güstrower Landeshälfte wurde mit Eintritt der Krisenjahre eine radikale Ausgabenkürzung um 30 Prozent durchgeführt, die Schweriner Herzöge dagegen wurden durch die Agrarkrise wegen ihrer ohnehin schon hohen Verschuldung an die Grenze zur Aufgabe der Landesherrschaft gebracht. Die mecklenburgischen Rittergüter waren von der Krise gleichfalls betroffen. Mit dem Jahrhundertwechsel verdoppelte sich ihre Verschuldung plötzlich von einem Jahrzehnt auf das folgende. Die über das 16. Jahrhundert ziemlich stabilen Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse gerieten so allerorten in Bewegung.

Die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges, von denen Mecklenburg besonders ab dem Jahre 1637 betroffen war, trieben weite Teile des Adels, dem

Beiträge

schon die Ausgangs des 16. Jahrhunderts nachlassende Getreidekonjunktur sichtlich zusetzte, endgültig in den Konkurs. Zugleich sank der Umschlag in Güstrow von überregionaler auf lokale Bedeutung herab. Anhand von Urkunden ist er ab den 1640ern kaum mehr nachzuweisen. Aufgrund der anhaltenden *kleinen Eiszeit*, stark gesunkener Bevölkerung und einhergehender Agrardepression bot sich für die Gutswirtschaft bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts wenig Gelegenheit zur Erholung. Der mecklenburgische Umschlag existierte zwar bis in die 1860er Jahre fort, ähnelte aber in dieser letzten Phase seiner Existenz mehr einem gewöhnlichen Jahrmarkt. Die Agrarkonjunktur hatte den Umschlag entstehen lassen und ihm zur Größe verholfen, die folgende Agrarkrise verdammt ihn zur Bedeutungslosigkeit.

Tobias Pietsch promoviert über die Regierung des mecklenburgischen Herzogs Ulrich (1555-1603). E-mail: tobiaspietsch@gmx.net .

Schritte in die Moderne:

Brüche und Kontinuitäten in der ländlichen Gesellschaft Sachsens.

Ein Forschungsbericht¹

Ira Spieker und Elke Schlenkrich

Sachsen wird in der historisch-kulturanthropologischen Forschung in erster Linie als Industrieland wahrgenommen. Insbesondere die Sozialgeschichte des ländlichen Alltags geriet dabei weitgehend aus dem Blick. Dies fällt umso mehr ins Auge, da beeindruckende Forschungsleistungen zur Industrialisierung (Forberger 1982; Kiese-wetter 1988), zur Bevölkerungsgeschichte (Blaschke 1967; Blaschke/Baudisch 2006) sowie zu Auswirkungen und Verlauf der bürgerlichen Agrarreformen (Groß 1968) vorliegen. Die Untersuchung der sozialen, mentalen, lebensweltlichen und kulturellen Transformations- und Konstituierungsprozesse des 19. Jahrhunderts hingegen steht für den ländlich-agrarischen Raum Sachsens noch aus. Das Forschungsprojekt "Ländlicher Alltag auf dem Weg in die Moderne" setzt hier an. Fokussiert wird der historische Wandel von der herrschaftlich geprägten Arbeits- und Lebenswelt im ausgehenden 18. Jahrhundert hin zu einer ländlichen Gesellschaft, die um die Wende zum 20. Jahrhundert Agrarunternehmertum und Lohnarbeit verpflichtet war, neue Horizonte eröffnete und deutliche Tendenzen einer "Verbürgerlichung" zeigte. Im Mittelpunkt des Projekts stehen Alltagspraktiken, ihre soziale Zuordnung und kulturelle Entschlüsselung. Dazu werden verschiedene Aktionsfelder konturiert, anhand derer sich aufzeigen lässt, wie sich soziales Handeln vollzog. Im Einzelnen sind dieses lokale Herrschaftspraxis und ihre Wahrnehmung, ländliche Konfliktkultur, familiale Strategien und soziale Reproduktion sowie soziale und kulturelle Aspekte

¹ Das Projekt „Ländlicher Alltag auf dem Weg in die Moderne. Sächsische und oberlausitzische Agrargesellschaften zwischen Rétablissement und Erstem Weltkrieg (1763-1914)“ wird seit dem 1. Februar 2006 am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden (www.isgv.de) bearbeitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.



Die ZAA gibt Beiträgen der Agrarhistorie einen angemessenen Rahmen und bringt sie in die allgemeine Debatte der Geschichtswissenschaft ein.

Angesichts des aktuellen rasanten Wandels der ländlichen Gesellschaft bietet die ZAA ein Forum für soziologische, ethnologische und zeitgeschichtliche Reflexionen über diese Veränderungen.

Ein mehrköpfiges Herausgebergremium bringt jeweils seine Kenntnisse aus der mittelalterlichen, frühzeitlichen und modernen Geschichte, Soziologie, Ökonomie, Volkskunde und Museumspraxis ein.

Jedes Heft umfasst mehrere Aufsätze zu **Schwerpunkthemen**, einem **offenen Forumteil** sowie **Rezensionen** der wichtigsten aktuellen Fachpublikationen.

Ländliches Bauen in der Mitte Europas. Traditionen und Transformationen zwischen Spätmittelalter und Moderne - Heft 1/2006

Autoren	Titel
Heinrich Stiewe	Ländliches Bauen zwischen Spätmittelalter u. früher Neuzeit
Michael Schimek	Die Industrialisierung als bauliche Prägephase im ländl. Raum
Hans-Jürgen Rach	Landarbeiterkaten, Bauernhäuser und „Rübenpaläste“
Herbert May	Der Steinbau als Massenphänomen

Agrarforschung im Nationalsozialismus - Heft 2/2005

Autoren	Titel
Susanne Heim	Biologische Ressourcen und Pflanzenzucht im 2. Weltkrieg
Willi Oberkrome	„Gesundes Land - gesundes Volk“. Deutsche Landschaftsgestaltung und Heimatideologie in der ersten Hälfte des 20. Jhd.
Andreas Dornheim	Die deutsche Agrargeschichte in der NS-Zeit und die Lehrstuhlberufungen nach 1945 in Westdeutschland
Jochen Streb, Wolfram Pyta	Von der Bodenproduktivität zur Arbeitsproduktivität. Der agrarökonomische Paradigmenwechsel im „Dritten Reich“

Preise: Einzelheft € 37,- • Abo (2 Hefte/Jahr) € 72,- jährlich
Alle Zeitschriften zzgl. Versandpauschale von € 2,- in Deutschland, € 6,50 ins Ausland

Bestellen Sie jetzt unter: www.dlg-verlag.de
 oder Tel.: 069 / 247 88-451

ländlicher Ökonomien.

Für den Bereich Gutsherrschaft liegen bereits grundlegende Forschungen vor: Erstmals verfolgte die Untersuchung zu Transformationsprozessen in der Magdeburger Börde vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Kollektivierung in der Landwirtschaft in den frühen 1960er Jahren das Ziel, die Lebensweise und Kultur ländlicher Schichten über einen langen Zeitraum und unter Aufbrechung gängiger Periodisierungsgrenzen nachzuzeichnen (Rach et al. 1978 ff.). Wegweisend sind vor allem die Arbeiten, die im Umfeld der Max-Planck-Arbeitsgruppe "Ostelbische Gutsherrschaft als sozialhistorisches Phänomen" an der Universität Potsdam (1992-1999) entstanden sind (Peters 1995a; 1995b; 1997). Im Zentrum dieser komplexen Forschungszusammenhänge steht die Analyse von Funktionsweisen, Strukturen und mentaler Prägekraft des Sozialmodells frühneuzeitliche Gutsherrschaft, sowohl in ökonomischer und politischer wie auch in kultureller Hinsicht.

Das hier skizzierte Projekt setzt sich ebenfalls über klassische Epochengrenzen hinweg. Die Untersuchung beginnt mit den frühen Reformbestrebungen des Rétablissements im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und verfolgt die Auswirkungen der Napoleonischen Kriege über die politischen Umstrukturierungsprozesse des 19. Jahrhunderts bis hin zum Ersten Weltkrieg. Für den ländlichen Bereich schließt dieser Zeitraum die Bauernunruhen des späten 18. Jahrhunderts und die Aufstandsbewegungen der 1830er und 1840er Jahre auf der einen Seite sowie die bürgerlichen Agrarreformen auf der anderen Seite ein und endet mit der kapitalistischen Agrarentwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Um der inneren Strukturiertheit der sächsischen Agrarverhältnisse Rechnung zu tragen, ist das Projekt regional vergleichend angelegt. Im Zentrum der Untersuchung stehen exemplarisch drei Herrschaftskomplexe: die Grundherrschaft Siebeneichen bei Meißen als ein in vielerlei Hinsicht "typisches" Untersuchungsgebiet (ergänzt durch die Grundherrschaften Liebstadt und Puschstein) sowie die Gutsherrschaften Gaußig und Hainewalde in der nördlichen, "wendischen" bzw. in der südlichen, protoindustriellen Oberlausitz mit weitgehend gutsherrschaftlich geprägter Agrarverfassung. Dabei sind komparatistische Sichtweisen auch insofern erforderlich, als die Oberlausitz bis zu ihrer endgültigen Eingliederung in den sächsischen Staatsverband im Jahre 1835 eine Sonderrolle einnahm.

Wenn hier Grundherrschaften in den Erblanden mit Gutsherrschaften in der

Oberlausitz kontrastiert werden, soll damit keinesfalls am Konstrukt der doppelten Agrargesellschaften festgehalten werden. Diese Differenzierungen dienen lediglich als operationale Begriffe bei der Analyse derjenigen Faktoren, die regionale Besonderheiten in den Agrargesellschaften konstituierten (Peters 2005).



Die Untersuchungsorte im Königreich Sachsen (Karte: J. Bracht)

Die gutsarchivalische Überlieferung befindet sich im Sächsischen Staatsarchiv-Hauptstaatsarchiv in Dresden (Siebeneichen) sowie im Staatsfilialarchiv in Bautzen (Hainewalde und Gaußig). Die umfangreichen Bestände - vorwiegend Zeugnisse der Patrimonialgerichtsbarkeit - belegen eine verblüffend ausgeprägte Schriftlichkeit im ländlichen Alltag. Um einen Zugang zu diesem reichhaltigen Fundus zu erschließen, wurden in einem ersten Arbeitsschritt mehr als 15.000 Titel gesichtet - ein überaus zeitaufwändiges Unternehmen, da es sich bei den Gutsarchiven um komplett ungeordnete Bestände handelt: Hier galt es, rund 10.000 sachthematisch vollkommen unterschiedliche Aktentitel durchzusehen.² Außerdem wurden etwa 1.000 relevante Aktentitel aus übergeordneten Überlieferungssträngen erfasst. Einschlägige Informationen auf dieser Ebene enthalten vornehmlich das Kursächsische Appellationsgericht (1559-1831), die Landesmanufaktur-, Ökonomie- und Kommerziendeputation (1755-1831), der Bestand "Generalsekretär für Landwirtschaftliche Vereine" (1836-1872) sowie das Ministerium des Innern (1831-1945), an das u.a. die Aufgaben der 1831 aufgelösten Kommerziendeputation übergangen und das neben Sektionen zu Staats- und Heimatangelegenheiten, Gemeindefachen, Ablösungen und Gemeindefachen, Armen- und Notstandssachen insbesondere eine sehr umfangreiche Abteilung zur Landwirtschaft enthält.

² Von diesen Titeln wurde etwa die Hälfte aufgenommen: insgesamt über 4.000 Aktentitel aus den Gutsarchiven sowie knapp 1.000 Titel aus den Grundherrschaften.

Beiträge

Die Verwaltungsreformen des 19. Jahrhunderts wirkten sich ebenfalls auf die Quellenlage aus. Daher wurde die Überlieferung der im Untersuchungszeitraum neu gebildeten Lokalverwaltungen und Mittelbehörden einbezogen (Amtshauptmannschaften Meißen, Bautzen, Zittau sowie Kreishauptmannschaft/Kreisdirektion Bautzen). Die Sonderentwicklung der Oberlausitz bis zum Jahre 1835 zeichnet sich im Bestand Oberamt Budissin/Oberamtsregierung ab.

Diese nunmehr systematisch erschlossenen Archivbestände bilden einen überaus umfangreichen und tragfähigen Materialfonds, der als Untersuchungsgrundlage für das Projekt dient. Die quantitativen Ungleichgewichtungen in der Quellendichte sowie Überlieferungsbrüche innerhalb des 150 Jahre umfassenden Forschungszeitraumes, die signifikant mit der Auflösung der Patrimonialgerichtsbarkeit zutage treten, werden in die quellenkritische Analyse einbezogen.

Neben dem umfangreichen Bestand an archivalischen Quellen werden relevante Printmedien des 19. Jahrhunderts ausgewertet wie beispielsweise das Neue Lausitzische Magazin, das Publikationsorgan der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz. Anhand des Themenspektrums dieser Art von Periodika lassen sich die mentalen und politischen Veränderungen und ihre Ausstrahlung in den ländlichen Bereich nachzeichnen.

Einen weiteren aussagekräftigen Quellenfundus bildet die so genannte "Mannhardt-Befragung": In den Jahren 1864/1865 führte der Grimm-Schüler Wilhelm Mannhardt die erste umfassende volkskundliche Fragebogenaktion durch. Seine "Bitte" enthielt 35 (zunächst 25) Fragen, die vor allem landwirtschaftliche Arbeitstechniken und Bräuche erfassen sollten. Mannhardts Intention zielte darauf, die Mythologie als positive exakte Wissenschaft zu begründen und eine geschlossene "germanische" Brauch- und Glaubenswelt zu rekonstruieren.

Mit 150 zurückgesandten Antworten zählt das Königreich Sachsen zu den am dichtesten überlieferten Regionen dieser Befragung. Die eingegangenen Antworten orientieren sich zum Teil eng am Fragebogenschema, zum Teil handelt es sich dabei um ausführliche Berichte, beinahe prosaische Erzählungen. Ingeborg Weber-Kellermann analysierte anhand dieses Materials Wandel und Funktion von Erntebrauch (1965). Über diesen Fokus hinaus bietet die Befragung eine Fülle von weiteren kultur- und sozialhistorisch relevanten Informationen.

Eine erste Grobstrukturierung des Materials zeigte, dass sich hier - sowohl quantitativ

Beiträge

als auch qualitativ - eindeutige sachthematische Komplexe abbilden. Auf dieser Grundlage lässt sich die Sozialgeschichte der ländlichen Gesellschaft im Wandel aus einer weit gespannten Perspektive erforschen. Dabei gilt es, eine möglichst große Dichte von (Einzel)Informationen zu erschließen und diese in ihren vielfältigen inhaltlichen Verflechtungen zu erfassen.

Der erste Themenkomplex Herrschaft umfasst im weitesten Sinne die Grundzüge der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der untersuchten Herrschaftskomplexe. Außerdem zählen hierzu Konflikte und Prozesse, die das Mit- und Gegeneinander von Gutsfamilie und Gemeindemitgliedern abbilden.

Im Mittelpunkt des zweiten Bereiches stehen Ökonomien. Hierbei geht es vornehmlich um die Aspekte Besitz, materielle Ausstattung einzelner Wirtschaften, Geld, Kredit, Konkurse, Versteigerungen und Schuldklagen.

Ein drittes Thema bildet das Wohlfahrtswesen. In diesem Kontext finden sich insbesondere Informationen zu Armut- und Armenpolitik, Einrichtungen der Armenfürsorge, Stiftungen, Krankheiten und medizinischer Versorgung der Landbevölkerung.

Die vierte Themengruppe Mobilität umfasst Bestände zu den Bereichen Heimat(Zugehörigkeit), Migration, Wanderarbeit, Flucht, Pass- und Meldewesen.

Der fünfte sachthematische Bereich Kirche und Schule bündelt Quellen, die Aufschluss bieten über die Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Ortsgeistlichen und der Schulmeister, Kirchenzucht sowie den allgemeinen und ortsspezifischen Rahmen, innerhalb dessen Schule gehalten wurde (wie Schulgebäude, materielle Ausstattung, Lehrinhalte, Schulversäumnisse und Schulgeld).

Der Schwerpunkt Konflikte umfasst Akten zu Beleidigungen, Diebstählen, Veruntreuungen, Gewalttätigkeiten, Grenzstreitigkeiten sowie Reglementierungen und abweichendes Verhalten.

Der siebte Sachkomplex soziale Beziehungen bietet Aufschluss über familiäre und verwandtschaftliche Netze, Freundschaften, aber auch über Sexualität, Emotionen und Moralvorstellungen.

Katastrophen und Krisen als achter Schwerpunkt schließt Berichte über Unwetter-, Feuer- und Kriegsschäden sowie über individuelle Schicksalsschläge ein. Hier finden sich nicht nur zahlreiche Einzelinformationen zu materiellen Verlusten, sondern zugleich eine Konzentration von Äußerungen über persönliche Befindlichkeiten.

Der Themenkomplex Kommunikation umfasst vor allem die Überlieferung zu Schen-

ken, Festen, Tanzveranstaltungen, Brauchhandlungen, Musik und (Schau)Spiel. Versorgung als letzter Schwerpunkt thematisiert die Komplexe Dorfläden, Wanderhandel, Jahr- und Viehmärkte und vermittelt Einblicke in die Bedürfnisse der Konsumenten.

Das hier skizzierte Forschungsprojekt kann die gigantische Materialbasis lediglich schlaglichtartig beleuchten. Es bleibt daher zu hoffen, dass die Erschließung der Bestände auch dazu beiträgt, die Möglichkeiten dieser überaus komplexen Überlieferung zu nutzen und weitere Untersuchungen anregt und vorbereitet.

Herrschaft und soziale Handlungspraktiken

Der Projekttitle "Ländlicher Alltag auf dem Weg in die Moderne" deutet bereits an, dass kein statisches Gebilde im Zentrum der Untersuchung steht, sondern im Gegenteil dynamische Transformationsprozesse in der ländlichen Gesellschaft. Schon der Begriff der Moderne impliziert, dass es sich hierbei nicht um eine lineare Entwicklung handeln kann. Vielmehr geht es um das Nebeneinander von Stagnation und Bewegung, von Tradition und Innovation - um die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten. Gerade in der ländlichen Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts spielen die Kategorien Wandel und Dynamik eine besondere Rolle: Traditionelle Hierarchien des Dorfes brachen auf und neue sozial-ökonomische Strukturen entstanden, die zwar den traditionellen Mustern sozialen Handelns mehr und mehr die Basis entzogen, sie jedoch nicht ganz verdrängten. Es kann also nicht um glatte Brüche und klare Epochenwechsel gehen, sondern allenfalls um verzahnte Übergänge und Schnittstellen. Nicht die "Uneinheitlichkeit" ist das Neue an der Moderne, sondern die Legitimität dieser Pluralisierung (Marburg/Matzerath 2001, S. 7).

Wir legen bei unserer Analyse des individuellen und gruppenspezifischen Verhaltens in den Untersuchungskomplexen keine Handlungstheorie im Weberschen Sinn zugrunde, die von intentionalem, zielorientiertem Handeln ausgeht, sondern verstehen Handeln im Kontext von Kultur als praxisgeleitetes Konzept (Hörning 2001). Diese Annahme verlagert den Fokus vom Bewusstsein hin zu den Praktiken. Unter diesen Handlungspraktiken werden soziale Routinen und Gepflogenheiten verstanden, die nicht ständig neu konzipiert und bewusst eingesetzt werden. Sie vollziehen sich als eingespielte Handlungsakte in einer quasi vertrauten Welt und werden erst

bei Irritationen von außen reflexiv bestimmt. Handlungsnormalitäten und -gepflogenheiten verdichten sich im Alltag zu kollektiven Handlungsmustern. Es reicht dabei nicht aus, die symbolischen und kulturellen Konstrukte einer Gesellschaft zu erkennen und zu benennen. Die Analyse muss auch danach fragen, wie diese Konstrukte in (soziale) Handlungspraktiken Eingang finden.

Praxistheorien nehmen menschliches Routinehandeln ernst und subsumieren es nicht unter unreflektiertem Alltagshandeln. Erst in den Spielräumen sozialer Praxis erlangen Individuen ein Verständnis von der sie umgebenden Welt. Dort machen sie Erfahrungen, erlangen praktisches Wissen und entwickeln Fähigkeiten. Dadurch konstituiert sich ein Identität stiftendes Gefühl von Gemein-Sinn, von gemeinsamem Handeln und Sprechen.

Die Praktiken sind sozial eingespielt, sie vermitteln Einsichten in die ablaufenden Handlungszusammenhänge und schaffen interpretierende und bewertende Maßstäbe. Das heißt aber nicht, dass die Akteure fremdbestimmt handeln und passiv sind. Praxistheorien betonen im Gegenteil die Kompetenz der Akteure im Praxiszusammenhang, wodurch kollektive Wissens- und Bedeutungsbestände überhaupt erst umgesetzt werden können. Die produktive Komponente zeigt, dass soziale Praktiken beide Seiten vereinen: Wiederholung wie auch Neuerschließung von Handlungen.

Wir gehen davon aus, dass in den untersuchten Gutsherrschaften derartige intersubjektive Handlungskomplexe bestanden. Denn die Mehrzahl der Akteure verfügte über ein Repertoire an bestimmten sozialen Dispositionen (Habitus) oder praktischen Fähigkeiten, die die Voraussetzung dafür bildeten, auf Handlungszüge anderer angemessen zu reagieren, sich in das Geflecht einzugliedern und mit passenden Handlungen zu erwidern.

Ländlicher Alltag in unterschiedlichen (Forschungs)Perspektiven

Das Projekt ist interdisziplinär angelegt: Aus der Doppelperspektive von Geschichtswissenschaft und Kulturanthropologie wird untersucht, wie sich die Veränderungen des 19. Jahrhunderts auf den Alltag und die Lebensweise der ländlichen Bevölkerung auswirkten. Im Zentrum des Interesses stehen das Agieren von Individuen und sozialen Gruppen sowie die Entschlüsselung sozialer und kultureller Logiken. Um Entwicklungen und Brüche im Alltagshandeln der ländlichen Bevölkerung nachzeichnen zu können, werden unterschiedliche Aktionsfelder konturiert, auf denen

sich solches Handeln vorrangig vollzog. Die Synthese dieser Beschreibungen soll zeigen, wie Umbruchsituationen sowohl individuell als auch gruppenspezifisch wahrgenommen und verarbeitet wurden.

Ungleichzeitigkeiten und Brüche in sozialen Handlungspraktiken entstehen in der Moderne in erster Linie durch Auflösung von grundlegenden Strukturen wie zum Beispiel der Trennung von Zeit und Raum oder der Entbettung sozialer Systeme (Giddens 1996), das bedeutet vor allem die Lösung von sozialen Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen und ihre Umstrukturierung, die unbegrenzte Raum-Zeitspannen umfasst. Ein wichtiger Faktor dabei ist, dass sich Vertrauen nunmehr von Individuen auf abstrakte Systeme verlagert. Diese Phänomene lassen sich in unserem Projektzusammenhang in mehreren Handlungszusammenhängen aufzeigen.

Lokale Herrschaftspraxis und ihre Wahrnehmung

Zur Zeit der Reformbestrebungen des 18. Jahrhunderts war das Bild der sächsischen Agrargesellschaften noch geprägt durch feudale Verhältnisse unterschiedlicher gradueller Ausprägung, durch patrimoniale Gerichtsbarkeit, Gesindezwangsdienst der Untertanenkinder, vielfache Rentenverpflichtungen der Bauern, Gärtner, Häusler und Einlieger. Die dörfliche Mitbestimmung beschränkte sich allenfalls auf eine indirekte Partizipation an Entscheidungsvorgängen.

Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts hingegen veränderten sich die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse grundlegend: Nun gab es auch selbständig agierende und persönlich freie Agrarunternehmer. Die ländlichen Unterschichten hatten sich zu Lohnarbeitern entwickelt, d.h. der Arbeitsvertrag löste die Knechtschaft der "ganzen Person" ab. Klassenbeziehungen waren nicht länger offen und durch Gewalt sanktioniert, sondern unmittelbar in den Rahmen der kapitalistischen Produktion einbezogen (Giddens 1996, S. 82 f.).

Herrschaftsausübung gründete sich in der Vormoderne eher auf Gewalt denn auf Ökonomie. Aber auch die Interessenkonstellationen in der Gemeinde spielten eine wichtige Rolle, denn das Feld der Macht ist nicht (ausschließlich) von einer direkten und einseitigen Wirkung in einer bestimmten Richtung geprägt, sondern Herrschaft besteht aus einem komplexen Bündel von Handlungen, die der Eigenlogik des Feldes, durch das Herrschaft vermittelt wird, unterliegen (Bourdieu 1998, S. 51 f.).

Das Selbstverständnis der Gemeindemitglieder und ihr Ringen um vermeintliche Rechte machen sich in zahlreichen Konflikten und Prozessen bemerkbar: Ins-

besondere Streitereien um Abgaben, Dienstverpflichtungen, Wegerechte, Brau- und Brenngerechthe sowie Hutung bestimmten das Verhältnis zwischen Gutsherrschaft und Untertanen.

Ländliche Konfliktkultur

Abweichendes Verhalten, das in der hohen Prozessdichte im Untersuchungszeitraum zutage tritt, wird nicht isoliert und deliktenspezifisch untersucht. Wir gehen vielmehr davon aus, dass ländliche Gesellschaften des 19. Jahrhunderts durch ihre agonale Kommunikationsstruktur und -kultur bestimmt waren (Walz 1992). Auf der Grundlage dichter Beschreibungen sollen daher die hinter den Konflikten verborgenen, divergierenden Normen- und Ordnungssysteme aufgedeckt und analysiert werden, um die Funktionsweise ländlicher Gesellschaften insgesamt transparent zu machen (Krug-Richter 1997; 2003). "Soziale Kontrolle" im Dorf ist in diesem Kontext eine zentrale Analysekategorie. Dabei geht es einerseits um Konflikte auf der Ebene der obrigkeitlichen Instanzen (beispielsweise Verstöße gegen die Ortsgebundenheit, aber auch außereheliche Schwangerschaften, unerlaubter Ausschank und reglementierte Tanzveranstaltungen), andererseits um Konflikte auf der sozialen Beziehungsebene (wie Schuldverfahren, Beleidigungen, Tätlichkeiten, Vaterschaftsklagen und Erbstreitigkeiten).

Familiale Strategien und soziale Reproduktion

Das Forschungsprojekt wird sich unter verschiedenen thematischen Schwerpunktsetzungen mit den Lebensperspektiven, den Handlungsmustern und Wahrnehmungsweisen der ländlichen Bevölkerung befassen. Dabei bildet das familiäre Umfeld der Akteure einen zentralen Bezugsrahmen. Es wird sich zeigen, inwieweit Verwandtschaftssysteme weiterhin als relativ stabile Verfahren zur Strukturierung von Handlungen in Raum-Zeit-Feldern dienen, die zwar einerseits spannungs- und konfliktträchtig waren, andererseits aber ein - quasi durch Verpflichtungen gewebtes - dichtes soziales Netz bildeten (Giddens 1996, 129), oder ob soziale Beziehungen nunmehr aus ihren ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen enthoben wurden und sich Vertrauen infolgedessen von der individuellen auf die institutionelle Ebene verlagerte.

Im Zentrum des Interesses stehen soziale Kontexte und kulturelle Muster, die sich beim Agieren innerhalb sozialer Gruppen oder bei den Formen bäuerlicher Besitzweitergabe manifestieren. Nachlässe und Erbmodalitäten zeigen veränderte

Besitzstrukturen auf und verweisen auf Identifikationsprozesse durch Status und Besitz. Überdies zeichnen Konflikte, die schließlich aktenkundig wurden, Geschlechterbeziehungen nach und lassen Wandlungsprozesse innerhalb persönlicher Beziehungen sowie veränderte Bewertungen von Sexualität, Emotionen und Freundschaften erkennen.

Soziale und kulturelle Aspekte ländlicher Ökonomien

Die Überlieferungsdichte zu Schuldverschreibungen, Konkursen und Zwangsversteigerungen legt die Vermutung nahe, dass sich hier ein veränderter Umgang mit Besitz und Werten, mit "Geld" allgemein abzeichnet. Gerade der Bereich Kreditwesen macht sozioökonomische Verbindlichkeiten und Verflechtungen transparent, zeigt die Wechselwirkung von wirtschaftlichen Beziehungen und sozialen Netzwerken auf und verweist - gerade im Kontext von agrarökonomischen Veränderungen - auf einen Wandel der Vermögensstrategien.

Weiterhin lassen sich auf dem Feld von landwirtschaftlicher Produktion und Arbeit folgenreiche Veränderungen fassen. Arbeit als kommunikativer Vorgang begründete im weitesten Sinne immer auch Allianzen, Abhängigkeiten und Interdependenzen sozialer und kultureller Art. Das lässt sich unter anderem an den damit verbundenen Brauchhandlungen ablesen. Hierbei soll das Augenmerk darauf gerichtet werden, ob und wie sich parallel zum Wandel der landwirtschaftlichen Arbeit auf den Gütern und Höfen auch soziales Handeln veränderte.

Die Mannhardt-Befragung bietet hier eine breite Belegdichte von Informationen zu Arbeits- und Erntetechniken sowie Feldsystemen. Weiterhin gibt das Material Aufschluss über das Selbstverständnis von Gesinde und Arbeiterschaft sowie über die Beziehungen der Arbeitenden sowohl untereinander wie auch zur Arbeitgeberfamilie. Auch das Nebeneinander und die Überlagerung von unterschiedlichen Wissenskonzepten (Erfahrungswissen und vermeintlicher "Aberglaube" vs. rationale landwirtschaftliche Konzepte) werden deutlich. Hier trafen - je nach (beruflicher) Sozialisation der Einreicher - mit Stolz formulierte Berichte über landwirtschaftliche Modernisierungsprozesse mit agrarromantischen Vorstellungen zusammen, die den Verlust des "Volkscharakters" und vermeintlicher Relikte aus der "ältesten Zeit" beklagten.

In einer Synthese werden die Tendenzen, die sich in diesen Handlungsfeldern zeigen, zu einem Gesamtbild aggregiert. Dabei handelt es sich vermutlich eher um ein

Mosaik, als um ein geschlossenes Gebilde, denn der Umgang mit Umbruchsituationen verlangt vielfältige Anpassungsleistungen, die individuell wie auch gruppenspezifisch unterschiedlich ausfallen - zumal Entwicklungen nicht linear verlaufen.

Daher ist anzunehmen, dass einerseits innovative Konzepte und neue Strategien entwickelt wurden, um den Veränderungen der Moderne zu begegnen. Andererseits wurden sicherlich alte Strukturen beibehalten und Traditionen bewahrt, die dabei halfen, reflexives Handeln und neue Wissenskonzepte mit der raumzeitlichen (Neu)Organisation der Gemeinschaft in Einklang zu bringen (Giddens 1996, S. 53). Traditionen sind in diesem Sinne kein beharrendes oder rückwärtsgerichtetes Instrument, sondern fungieren als Vermittlungsinstanz bei einem (veränderten) Umgang mit Zeit und Raum, sie setzen Handeln und Erfahrungen in Bezug zu der Wahrnehmung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Literatur

- Blaschke, Karlheinz: Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution, Weimar 1967.
- Blaschke, Karlheinz/ Baudisch, Susanne (Bearb.): Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen, 2 Bde., Leipzig 2006.
- Bourdieu, Pierre: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt/M. 1998.
- Forberger, Rudolf: Die industrielle Revolution in Sachsen 1800-1861, 2 Bde., Berlin 1982.
- Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1996.
- Groß, Reiner: Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Untersuchungen zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Landwirtschaft, Weimar 1968.
- Hörning, Karl H.: Kultur als Praxis, in: Handbuch der Kulturwissenschaften. Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Stuttgart/ Weimar 2004, S. 139-151.
- Kiesewetter, Hubert: Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert, Köln/ Wien 1988.
- Krug-Richter, Barbara: Konfliktregulierung zwischen dörflicher Sozialkontrolle und patrimonialer Gerichtsbarkeit, in: Historische Anthropologie 5 (1997), S. 212-228.
- Dies.: "Von nackten Hummeln und Schandpflastern". Formen und Kontexte von Rauf- und Ehrenhändeln in der westfälischen Gerichtsherrschaft Canstein um 1700, in: Eriksson, Magnus/ Krug-Richter, Barbara (Hg.): Streitkultur(en). Studien zu Gewalt, Konflikt und Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft (16.-19. Jh.), Köln/ Wien 2003, S. 269-307.
- Marburg, Silke/ Matzerath, Josef (Hg.): Der Schritt in die Moderne. Sächsischer Adel zwischen 1763 und 1918, Köln/ Weimar/ Wien 2001.
- Peters, Jan : Gutsherrschaft als soziales Modell. Vergleichende Betrachtungen zur Funktionsweise frühneuzeitlicher Agrargesellschaften, München 1995. (1995a).
- Ders. (Hg.): Konflikt und Kontrolle in Gutsherrschaftsgesellschaften. Über Resistenz- und Herrschaftsverhalten in ländlichen Sozialgebilden der frühen Neuzeit, Göttingen 1995

(1995b).

Ders. (Hg.): Gutsherrschaftsgesellschaften im europäischen Vergleich, Berlin 1997.

Ders.: Gutsherrschaft. Ein Jahrzehnt Potsdamer Forschungserfahrungen, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 53 (2005) 1, S. 77-85.

Rach, Hans-Jürgen u.a. (Hg.): Untersuchungen zur Lebensweise und Kultur der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde, 5 Bde., Berlin 1978-1987.

Walz, Rainer: Agonale Kommunikation im Dorf der Frühen Neuzeit, in: Westfälische Forschungen 42 (1992), S. 215-251.

Weber-Kellermann, Ingeborg: Erntebrauch in der ländlichen Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts auf Grund der Mannhardtbefragung in Deutschland von 1865, Marburg 1965.

Dr. Ira Spieker und Dr. Elke Schlenkrich sind Mitarbeiterinnen des Instituts für sächsische Geschichte und Volkskunde der TU Dresden.

Landwirtschaft und ländliches Leben in den drei Nordbezirken der DDR Mitte der 1960er bis Anfang der 1980er Jahre

Eine Projektvorstellung

Michael Heinz

Die Entwicklung des Agrarwesens in der DDR kann man in vier sich teilweise überschneidende Phasen bzw. Umbrüche einteilen: bäuerlich geprägte Landwirtschaft infolge der Bodenreform (1945-1960), Vergenossenschaftlichung (1952-1963), Industrialisierung (1963-1981) und Konsolidierung/Kurskorrektur (1981-1989). Gelten die beiden ersten Abschnitte der Agrarentwicklung als gut erforscht, kann hier von im Hinblick auf die Industrialisierungsphase des DDR-Agrarwesens nicht die Rede sein. Dieser Abschnitt der Entwicklung der Landwirtschaft war geprägt durch Chemisierung, Technisierung sowie durch eine schrittweise Konzentration und Spezialisierung der Produktion und bildet den Gegenstand des Dissertationsprojektes.

Bevor sich dem methodischen Vorgehen zugewandt wird, sollen zunächst die für die Arbeit relevanten Grundzüge der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens ins Blickfeld genommen werden. Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf die drei Nordbezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, die besonders stark durch das Agrarwesen geprägt waren. Sie erwirtschafteten einen Überschuss an landwirtschaftlichen Produkten und waren somit eine Kornkammer des östlichen Teils Deutschlands.¹ Außerdem arbeiteten dort 1960 rund 34,6 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft, wohingegen der DDR-Durchschnitt nur bei 17,5 % lag.² Die

¹ In den drei Nordbezirken lebten 1969 nur 12,3 % der Bevölkerung, diese erwirtschaftete aber 23,2 % der Bruttoproduktion der Landwirtschaft der DDR. Watzek, Hans: Einflüsse der Agrarpolitik und Landwirtschaft auf die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen (60er bis 80er Jahre), in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Zur Arbeit der Enquetekommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“. Bd. 5, Schwerin 1997, S. 99-118, hier S. 109.

² Kuntsche, Siegfried: Wirtschaftliche Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR – Agrarwirtschaft, Agrarpolitik und Lebensverhältnisse auf dem Lande, in: Ebenda, S. 65-98, hier S. 95.

Beiträge

Nordbezirke verfügten über weitgehend gleiche Voraussetzungen in Bezug auf Struktur der Dörfer sowie Klima- und Umweltbedingungen und waren wirtschaftlich miteinander verflochten. War das südliche Territorium der DDR eher durch bäuerliche Landwirtschaft geprägt worden, dominierten vor 1945 in Mecklenburg, Vorpommern und dem nördlichen Brandenburg landwirtschaftliche Güter das Agrarwesen. Trotz der vielen Gemeinsamkeiten zwischen den Nordbezirken gab es einige Unterschiede. So wurde der Bezirk Rostock stärker auf die Seewirtschaft ausgerichtet, wohin-



Die DDR-Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg (Karte: J. Bracht)

gen im Bezirk Neubrandenburg, noch stärker als im Bezirk Schwerin die Landwirtschaft vorherrschend war. Die Konsequenzen dieser strukturellen Unterschiede für die kostenaufwendige industrielle Entwicklung des Agrarsektors gilt es zu ergründen.

Zeitlich eingegrenzt wird die Untersuchung grob durch den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1963 – dort wurde der allmähliche „Übergang zu industriemäßigen Methoden in der Landwirtschaft“ gefordert³ – und durch den XII. Bauernkongress der DDR 1982, auf dem ein Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik propagiert wurde.⁴ Der Schwerpunkt dieses Projektes liegt allerdings v.a. auf den 1970er und den späten 1960er Jahren.

Letztere Dekade gilt bei vielen Forschern als erfolgreichste Etappe der Land-

³ Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 15. bis 21. Januar 1963. 1. bis 3. Verhandlungstag. Berlin (Ost) 1963, S. 121 f.

⁴ Siehe dazu: Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft (Hg.): XII. Bauernkongress der DDR am 13. und 14. Mai 1982 in Berlin. Überarbeitetes Protokoll. Berlin (Ost) 1982.

Beiträge

wirtschaft der DDR.⁵ Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die während der Zwangsvergenossenschaftlichung zum Teil überhastet gebildet worden waren und die das Agrarwesen der DDR beherrschten, festigten sich allmählich nicht zuletzt unter dem Eindruck des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL). Oft wird in der Forschungsliteratur der Eindruck erweckt, dass es sich bei den 1960er Jahren um eine relativ stabile Periode der Landwirtschaftsentwicklung handelt. Diese Auffassung kann nach Ansicht des Autors nicht aufrechterhalten werden. Das Agrarwesen der DDR war einem ständigen Wandel unterworfen. Dieser Umstand war mehreren Faktoren geschuldet: der Auffassung der SED, alle Änderungen schrittweise durchzuführen, einer zu konstatierenden Experimentierfreudigkeit, der Korrektur fehlerhafter Entwicklungen und später personellen Änderungen in der Leitung der Landwirtschaft (Tod des Landwirtschaftsministers Georg Ewald 1973 und des Sekretärs des Zentralkomitees der SED (ZK) für Landwirtschaft Gerhard Grüneberg 1981). Durch den Mauerbau 1961 sah man sich in der Lage, Landwirtschaftspolitik offener durchzusetzen. In den 1960er Jahren gab es mehrere parallele Entwicklungen, die einschneidende Veränderungen auf dem Lande mit sich brachten. Als Eingeständnis gegenüber den Bauern hatte man im Zuge der Vergenossenschaftlichung Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zugelassen, in denen das Vieh privat gehalten wurde. In den 1960er Jahren begann man, die Bauern dieser sogenannten LPG Typ I dazu zu bewegen, geschlossen dem vollgenossenschaftlichen LPG Typ III beizutreten.⁶ Den LPG Typ I gedieh weit weniger Hilfe an. Sie überalterten und besaßen zu wenig Technik, sodass deren „Weiterentwicklung“ als sogenanntes „objektives Erfordernis“ erscheinen musste. Letztendlich hatten die LPG Typ I aber zu weichen, weil sie häufig nach einzelbäuerlichen Prinzipien wirtschafteten. Oftmals existierten in den Dörfern noch mehrere Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (auch unterschiedlichen Typs).

⁵ Siehe dazu beispielsweise: Watzek, S. 101.

⁶ In dem Typ I wurde nur die Bodenbearbeitung gemeinschaftlich vollzogen, während Gerätschaften und das Vieh in der Hand der einzelnen Mitglieder verblieben. Die LPG Typ II sahen als Weiterentwicklung eine Vergesellschaftung der Ackergerätschaften vor. In den Typ III dagegen wurde auch das Vieh gemeinschaftlich gehalten. Die LPG Typ II wurden allerdings nur sehr selten gebildet. Nach dem „sozialistischen Frühling“, also nach der Zwangsvergenossenschaftlichung, existierten in der DDR 19.345 LPG, davon waren aber nur 225 vom Typ II. Buchsteiner, Ilona: Bodenreform und Agrarwirtschaft. Forschungsstudie. Rostock 1996, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Zur Arbeit der Enquetekommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, Bd. 5, Schwerin 1997, S. 9-61, hier S. 30 und S. 45.

Die SED ging schon zu Beginn der 1960er Jahre dazu über, die Anzahl der Agrargenossenschaften zu reduzieren. Die Zahl der LPG halbierte sich von 1960 zu 1970 schließlich von 19.313 auf 9.009.⁷ Je Gemeinde bestand meist nur noch ein Agrarbetrieb.

Dieser Konzentrationsprozess war bereits Bestandteil des SED-Programms zur Vorantreibung der industriemäßigen Produktion. Ein anderer Teil bestand darin, die traditionelle bäuerliche Mehrspartenproduktion, die die LPG übernommen hatten, einzuschränken. Die Agrarbetriebe sollten sich mehr und mehr Hauptproduktionszweigen zuwenden. Unter anderem zu diesem Zweck sollte die Kooperation dienen, welche ab 1965 verstärkt angemahnt wurde. Die Zusammenarbeit der Betriebe war für die SED unerlässlich, um sukzessive größere Wirtschaftseinheiten zu bilden und ab 1967 die Herauslösung der Pflanzenproduktion aus den LPG und Volkseigenen Gütern (VEG) zu organisieren. Durch Propagandaarbeit gelang es der Einheitspartei, viele Beschäftigte in der Landwirtschaft, wenn auch oft widerwillig, zur Teilnahme an der Umsetzung ihrer Politik zu bewegen. Allerdings gab es dabei auch Rückschläge, v. a. 1969, als Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des ZK der SED, Gerhard Grüneberg öffentlich für „Überspitzungen“ kritisierte und die Kooperation in weiten Teilen zumindest zeitweise zusammenbrach. Aber auch danach scheute man sich nicht, zu rigiden Maßnahmen zu greifen. Beispielsweise führte man Technik nur da zu, wo ein überbetrieblicher Einsatz gewährleistet war.

Die endgültige Trennung von Ackerbau und Viehhaltung erfolgte insbesondere nach dem VIII. SED-Parteitag 1971. Man bildete verstärkt Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP), die Mitte der 1970er Jahre zu eigenständigen LPG und VEG der Pflanzenproduktion umgewandelt wurden. Die Übernahme von genossenschaftlichen Flächen und Mitgliedern durch VEG war nicht immer freiwillig. Ziel war es, den volkseigenen Sektor zu stärken und damit den Einfluss der Arbeiterklasse auf dem Land zu erhöhen. Den ursprünglichen LPG, die zunächst noch als Trägerbetriebe der sich schnell verselbständigenden KAP fungierten, blieb nur noch die Tierproduktion. Bei diesen setzte ebenfalls ein Fusionsprozess ein.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft vollzog sich v. a. im pflanzlichen Bereich, da nach Meinung der Einheitspartei nur damit die Voraussetzung für eine angestrebte industriemäßige Tiermassenhaltung geschaffen werden konnte. Beide Ziele konnten aber nicht vollständig verwirklicht werden. Die Maschinenzuführung

⁷ Zahlen nach: Buchsteiner, Bodenreform, S. 52.

in der Feldwirtschaft reichte nicht aus und die Technologie veraltete schnell, denn die Landmaschinenindustrie war mit der Versorgung der eigenen Wirtschaft sowie dem ehrgeizigen Exportprogramm überfordert. Es trat ebenfalls ein Mangel an Chemikalien ein. Die Lage war der Führung der SED bekannt. Der Abteilungsleiter Landwirtschaft des ZK, Bruno Kiesler, schrieb 1974 Erich Honecker: „Es trifft nicht nur auf diese LPG oder diesen Kreis zu, daß der jährlich angemeldete Bedarf neuer Technik nicht voll abgedeckt werden kann, sondern ist bei einigen wichtigen Landmaschinen ein generelles Problem.“⁸ Bei der Errichtung industrieller Tierhaltungsanlagen wie Bullenmastställe mit 10.000 Plätzen stieß man gleichermaßen schnell an Grenzen. Es wurden nicht genügend Anlagen errichtet, um die Probleme der Tierproduktion lösen zu können. Hinzu kamen teilweise jahrelange Bauverzögerungen, weil wichtige Teile und Maschinen fehlten. Letztlich konnten gegen Ende der DDR nur rund 30 % des Viehs unter industriemäßigen Bedingungen gehalten werden.⁹ Der ansteigende Fleischverbrauch und das Idealbild der autarken Versorgung der DDR erzwangen größere Tierbestände, deren vollständige Futterabsicherung nicht kontinuierlich gewährleistet werden konnte. Ein großer Teil des Viehbestandes musste weiterhin in kleinen, oft veralteten Ställen gehalten werden, in denen ein hoher Handarbeitsaufwand herrschte. Die Mittel zur Rekonstruktion und Rationalisierung reichten nicht aus. So entsprachen die Arbeitsbedingungen bei weitem nicht denen einer angestrebten industriemäßigen Produktion.

Auch der Mangel an Arbeitskräften stellte zunehmend einen begrenzenden Faktor für Fortschritte dar, obwohl die DDR im Vergleich zu anderen Industriestaaten einen sehr hohen Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft aufzuweisen hatte. Besonders kompliziert wurde die Situation im Bezirk Neubrandenburg. Oft war es schwierig, Nachwuchs für die Landwirtschaft zu gewinnen. Daher versuchte die Staats- und Parteiführung, über die Verbesserung der Lebensbedingungen auf den Dörfern Abhilfe zu schaffen, wenn auch nur mit begrenztem Erfolg. Aktivitäten in diesem Bereich oblagen meist der Initiative der Unternehmen auf dem Lande.

Die Trennung von Ackerbau und Viehwirtschaft, die Mitte der 1960er Jahre peu à peu über den Weg der Kooperation begann und zur Mitte des Folgejahrzehnts abgeschlossen werden konnte, war in der DDR und innerhalb des sozialistischen

⁸ Kiesler an Honecker: Ohne Titel, 17.1.1974. Bundesarchiv - Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (BArch-SAPMO), DY 30/1976, Bl. 11.

⁹ Gabler, Diethelm: Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR. Berlin 1995, S. 266.

Wirtschaftsgebietes umstritten. Der Transport- und Verwaltungsaufwand erhöhte sich. In vielen Gemeinden waren die Beziehungen zwischen den Produktionseinheiten konfliktgeladen. Trotz der ständig angemahnten Kooperation in der Landwirtschaft gelang es der SED nicht, die Agrarbetriebe flächendeckend zu einer effektiven und reibungslosen Zusammenarbeit zu bewegen. Vielmehr schuf man weitgehend einseitige Abhängigkeitsverhältnisse zulasten der Tierproduzenten, da kein freier Futtermarkt existierte. Auch der Alltag der Beschäftigten in der Landwirtschaft erfuhr große Veränderungen. Zwischen den Dörfern und auch in den Familien bildeten sich Gräben. Dies wird in einem Arbeitspapier der Bezirksleitung Rostock von 1977 verdeutlicht: „Durch die vollzogene Arbeitsteilung Pflanzen- und Tierproduktion ist jetzt der Zeitpunkt herangekommen, wo erste Erscheinungen des Auseinanderlebens der Genossenschaftsbauern in den Dörfern auftreten.“¹⁰

Die industriemäßige Großproduktion entsprach dem gesellschaftspolitischen Konzept der SED. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sollten beseitigt werden. Es drängt sich der Schluss auf, dass man bestrebt war, mithilfe administrativer Maßnahmen eine vermeintlich gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen auf dem Land herzustellen. Offenbar sollte die ländliche Bevölkerung proletarisiert und damit die Macht der „Partei der Arbeiterklasse“ gestärkt werden, was aber aus verschiedenen Gründen nur teilweise zum Erfolg führte. Man gab den früheren Grundsatz der „Einheit von Wohn- und Arbeitsplatz“ auf. Der Ausbau von Zentraldörfern, in denen die Bevölkerung konzentriert werden sollte, wurde forciert, was sich zu Lasten kleinerer Ortschaften auswirkte. Agrarbetriebe zogen sich im Zuge der Konzentration und Spezialisierung mit ihren Produktionsstätten aus Dörfern in Randlagen zurück, was sich spürbar negativ in deren Erscheinungsbild bemerkbar machte. Bauern aus dem Kreis Bad Doberan (Bezirk Rostock) trafen angesichts des umfassenden Wandels gegenüber der SED-Kreisleitung folgende Aussage: „Die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern sich für uns; solange hatten wir gute Wegeverhältnisse, die Arbeit war dicht vor der Tür, jetzt sind wir bedeutend länger unterwegs und haben schlechte Verbindungsstraßen.“¹¹ Eine Landflucht aus kleinen Dör-

¹⁰ O.A.: Die effektivere Gestaltung der Kooperationsbeziehungen in der Pflanzen- und Tierproduktion und zwischen beiden Zweigen sowie Probleme der Gestaltung vertikaler Kooperationsbeziehungen, ohne Datum [ca. 1977]. Landesarchiv Greifswald (LAG), Bezirksparteiarchiv (BPA) Rostock, Bezirksleitung (BL), IV/D/2.7/437, Bl. 18.

¹¹ Sitzungsprotokoll Sekretariat der Kreisleitung (KL): Bericht über die Untersuchung der KPKK [Kreispartei-Kontrollkommission] ..., 6.9.1974. LAG, BPA Rostock, Rep. 294, Bad Doberan, Nr. 716, Bd. 23 unpag.

fern insbesondere von jungen Menschen war die Folge. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 in den Mittelpunkt rückte, wirkte sich stark auf die ländlichen Regionen aus. Investitionen gingen zugunsten des Wohnungsbaus in den Städten zurück. Andererseits wurden zunehmend Eigenheime auf dem Land errichtet, um dem Wohnraummangel Herr werden zu können. Allerdings setzte auch hier die Mangelwirtschaft Grenzen.

Der SED-Gigantismus, der sich in überdimensionierten Betriebsgrößen äußerte, hatte verheerende ökonomische und ökologische Folgen, die aus ideologischen Gründen durch die Einheitspartei weitgehend übergangen wurden. Die rigorose Trennung der Produktionszweige und die Organisation der Arbeit nach Produktarten führten nicht zum erhofften wirtschaftlichen Erfolg. Die Erträge gingen in den 1970er Jahren im Vergleich zur vorangegangenen Dekade in Teilbereichen zurück. Andere sozialistische Länder mit kollektivierter Landwirtschaft wie die CSSR und Ungarn konnten höhere Leistungen in der Feldwirtschaft erreichen, obwohl die DDR Mitte der 1960er Jahre in diesem Sektor von der Leistung her noch überlegen gewesen war. So sah sich Werner Felfe, der ZK-Sekretär für Landwirtschaft, 1982 dazu gezwungen, angesichts der Landwirtschaftspolitik der 1970er Jahre, die stark durch seinen Vorgänger Gerhard Grüneberg geprägt war, zu konstatieren: „Offenbar erweist sich eine Marxsche Erkenntnis wiederum als richtig: konzentriert man die Produktion zu stark, ohne auch die Effektivität zu steigern, so kann man unversehens von einer intensiv betriebenen Wirtschaft in eine mehr extensive Art zu wirtschaften hineingeraten.“¹²

Die Bedeutung der Genossenschaften ging weit über die einfacher landwirtschaftlicher Betriebe hinaus. Da die Kommunen weder über Finanz- noch Produktionsmittel in ausreichendem Maße verfügten, mussten die LPG diese Lücke ausfüllen. Sie leisteten einen Großteil des ländlichen Wohnungs- und Hausbaus, errichteten Wasser- und Stromversorgung, bauten Straßen, Kindertagesstätten, Gasthäuser, Einkaufseinrichtungen und vieles mehr. Ihr Maschinenpark und ihre Arbeitskräfte standen oftmals der ländlichen Bevölkerung in Ermangelung von Dienstleistungsbetrieben zur Verfügung. Diese Ausnahmestellung der LPG brachte allerdings auch Probleme hinsichtlich der Machtkonzentration in den Gemeinden mit sich. Die Bürgermeister waren zwar meist in den SED-Grundorganisationen der Agrarbetriebe einge-

¹² Felfe: Zu den Schlußbemerkungen auf der Abteilungsbesprechung der Abteilung Landwirtschaft des ZK am 2.3.1982. BArch-SAPMO, DY 30/10 unpag.

bunden, sahen sich aber gegenüber den LPG-Vorsitzenden oft in eine Bittstellerposition gedrängt. Obwohl die Genossenschaften demokratisch organisiert sein sollten, bestimmte häufig der Vorsitzende über die Geschicke des Betriebes. Daher blieb die halbherzig vorgebrachte Kritik von Partei- und Staatsorganen an Mängeln bei der Durchsetzung der sogenannten „innergenossenschaftlichen Demokratie“ bis zum Ende der DDR ständig aktuell. Die Genossenschaften wurden aus den genannten Gründen somit unbeabsichtigt zu abgeschwächten Erben der landwirtschaftlichen Großgüter der Vorkriegszeit, auch wenn deren Stellung nicht in allen Aspekten vergleichbar war.

Zu Beginn der 1980er Jahre erkannte die SED, dass man nicht in der Lage sein würde, städtische Lebensweisen im ländlichen Raum einzuführen. Die Führung der Einheitspartei hob entgegen der bisherigen Politik bäuerliche Traditionen und den dörflichen Charakter hervor. Auch die geschilderten Mängel im Agrarwesen zogen Korrekturen der Politik nach sich. Somit fand ein allgemeiner Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik statt, der sich gegen eine übermäßige Konzentration und Spezialisierung der Produktion wandte. Beispielsweise setzte man auf das Territorialprinzip, statt wie bisher auf die produktartengebundene Organisation in der Pflanzenproduktion. Letztere hatte zu einem Mehraufwand an Kosten und zu einer Loslösung der Beschäftigten in der Landwirtschaft von den Dörfern geführt. Bei diesem Kurswechsel dürfte auch der Tod des ZK-Sekretärs für Landwirtschaft Grüneberg eine Rolle gespielt haben.

Da eine flächendeckende Industrialisierung des Agrarwesens scheiterte, beachtete man seit den 1970er Jahren die große Bedeutung des Sektors der individuellen Produktion stärker. Beispielsweise lieferte der private Agrarsektor rund 45% des Aufkommens an Eiern und 100% des Kaninchenfleisches und Honigs. Durch die zunehmende Förderung dieses Bereiches nahm man in Kauf, dass das Idealbild einer verstädterten Gemeinde, welches noch bis zu Beginn der 1980er Jahre existierte, konterkariert wurde. Die Individualwirtschaften boten zum einen die mögliche Vervielfachung des persönlichen Einkommens, zum anderen dienten sie als bäuerlicher Rückzugsraum, sodass die Arbeit in der LPG zum Teil vernachlässigt wurde.

Der bisher sehr wenig erforschte Kurswechsel in den 1980er Jahren kann angesichts der Komplexität der Vorgänge in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten in der Dissertation nur angeschnitten werden, bedarf aber der Erläuterung, um die Entwicklungen einordnen zu können.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen Fragen agrarhistorischer, herrschafts- und alltagsgeschichtlicher Natur. Somit ist die methodische Herangehensweise als mehrdimensional zu bezeichnen. Als Quellengrundlage fungieren hauptsächlich die schriftlichen Hinterlassenschaft der SED-Ebene. Hervorzuheben sind die Bestände „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv Berlin (darunter Abteilung Landwirtschaft des ZK und Protokolle des Politbüros) und die drei SED-Bezirksparteiarchive, gelagert in Greifswald und Schwerin. Akten der staatlichen Verwaltungsinstitutionen werden ebenfalls in die Analyse einbezogen, haben sich aber als weniger gewinnbringend erwiesen und spielen als Quelle somit eine eher untergeordnete Rolle. Neben der Auswertung zahlreicher Sekundärliteratur verschiedenster Herkunft erfolgt die Einbeziehung von Gesprächsprotokollen des Verfassers mit rund 15 Zeitzeugen. Dabei handelt es sich v.a. um ehemalige LPG-Vorsitzende und –Abteilungsleiter aus den Nordbezirken. Weiterhin konnten einige ehemalige SED-Funktionäre, beispielsweise aus den Bezirksleitungen, für Interviews gewonnen werden.

Die eigentliche Arbeit folgt nach derzeitigem Stand einer Dreiteilung. Nacheinander werden Akteure, Transformation und Auswirkungen beleuchtet. Der erste Teil des Dissertationsprojektes soll sich somit mit den verschiedenen Akteursebenen der Landwirtschaftspolitik, wie der zentralen Ebene sowie Bezirks- und Kreisebene und ihren Interaktionen auseinandersetzen. Dabei soll nach den Gestaltungsspielräumen der einzelnen Akteure gefragt werden. Im Fokus dieser Analyse stehen insbesondere die Gliederungen der SED. Die Handlungsoptionen der betrieblichen Ebene werden angesichts der Komplexität der Entwicklung des Agrarwesens in dieser Zeit innerhalb der einzelnen Unterpunkte der folgenden Kapitel des Vorhabens beleuchtet.

Der zweite, größere Teil der Dissertation setzt sich mit der Transformation der Landwirtschaft im Untersuchungszeitraum auseinander. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den späten 1960er und v.a. auf den 1970er Jahren, in denen die Konzentration und Spezialisierung ihren Höhepunkt fand. Anhand verschiedener exemplarischer Prozesse wird hier die Entwicklung des Agrarwesens nachvollzogen. Darunter fällt die Vorantreibung der Kooperation, die sukzessiv über die Gründung von KAP in der Trennung von Viehwirtschaft und Ackerbau und somit in der Bildung von eigenständigen LPG und VEG Pflanzen- und Tierproduktion mündete. Weiterhin sollen der Versuch zum Aufbau einer industriellen Massentierhaltung, die Umformung der LPG Typ I in LPG Typ III und die Gründung von Agrar-Industrie-Vereini-

gungen untersucht werden. Die Unterpunkte unterliegen individuellen Fragestellungen, wie z.B.: War eine Weiterentwicklung der Landwirtschaft, wie sie durch die SED vorgesehen war, tatsächlich „objektiv notwendig“? Was bewog die Einheitspartei dazu, den natürlichen Kreislauf der Landwirtschaft mit Ackerbau und Viehhaltung zu trennen?

Der folgende dritte große Abschnitt der Arbeit widmet sich den Auswirkungen der umfassenden Umwandlung des Agrarwesens. Dabei wird sowohl den Ergebnissen auf betrieblicher Ebene als auch den Resultaten für die ländliche Arbeits- und Lebenswelt nachgegangen. Da der Norden der DDR besonders stark landwirtschaftlich geprägt war, werden landwirtschaftsfremde Entwicklungsfaktoren wie der Einfluss von Industriebetrieben auf dem Land usw. vernachlässigt. Es stellt sich explizit die Frage, wie sich die Transformation der Agrarwirtschaft auf das Leben und Arbeiten im ländlichen Raum auswirkte. Gesondert erfolgt daher die Beschäftigung mit der konfliktgeladenen Zusammenarbeit der getrennten Produktionszweige der Landwirtschaft, den Arbeitsbedingungen in Tier- und Pflanzenproduktion, aber auch mit der Entwicklung der individuellen Hauswirtschaften und der damit einhergehenden Prägung der Freizeit-, aber auch der Arbeitswelt der Genossenschaftsbauern. Ein wichtiges Anliegen des Dissertationsprojektes bildet die Frage, inwieweit es tatsächlich gelang, flächendeckend eine industriemäßige „sozialistische“ Großproduktion einzuführen.

Ein bedeutender Teil der täglichen Arbeit in den LPG und VEG war den Folgen der allgemeinen Mangelwirtschaft in der DDR, die auch in der Landwirtschaft ihren Tribut forderten, geschuldet. Mithilfe der Netzwerkanalyse sollen hier Arrangements sichtbar gemacht werden, durch die die Agrarbetriebe zumindest eine Teilkompensation der Schwächen der Planwirtschaft erreichen konnten. Bei der Untersuchung der Auswirkungen der Forcierung der industriemäßigen Produktion sollen weiterhin die Umweltfolgen analysiert werden. Ein wichtiger Aspekt, den es zu untersuchen gilt, ist die angesprochene starke Stellung der LPG auf dem Land. Hier wird u.a. die Frage aufgeworfen, welche Auswirkungen die hegemoniale Position der Agrarbetriebe auf die Dörfer hatte. Die Einheitspartei strebte eine „ganzheitliche“ Entwicklung der ländlichen Regionen an. Die Entwicklung der Siedlungsstruktur sollte mit den örtlichen Gegebenheiten der Landwirtschaftsproduktion konform gehen. Angesichts des Kurswechsels der SED in dieser Hinsicht zu Beginn der 1980er Jahre stellt sich die Frage, ob es tatsächlich gelang, eine Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung und eine Annäherung der Lebensweise von Stadt und Land herbeizu-

führen. In diesem Zusammenhang bedarf es auch der Erläuterung, inwieweit Kultur- und Freizeitverhalten zwischen Land und urbanem Raum vergleichbar waren.

Angesichts der Komplexität der Prozesse können bestimmte Teilaspekte nur partiell untersucht oder müssen gar ganz außen vor gelassen werden. Dazu gehört beispielsweise die Rolle der Kirche auf dem Dorf und ihr (wenn auch beschränkter) Einfluss auf die Wandlungen der Lebenswelt, aber auch die Position und das Wirken von Akteuren wie der CDU, der Deutschen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) in ländlichen Regionen. Die Fülle der Fragestellungen zeigt das Dilemma der Forschung in diesem Bereich auf. Weite Teile der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung in den 1960er Jahren bis zum Ende der DDR müssen als Desiderat gelten.¹³ Das Dissertationsprojekt soll dazu angetan sein, Lücken zu schließen.

Michael Heinz M.A. ist Doktorand an der Universität Rostock

¹³ Als Anfänge auf diesem Gebiet sind folgende Studien bzw. Berichte zu nennen, die sich aber nur auf lokale Ebenen beziehen: Kipping, Manfred: Die Bauern in Oberwiera: Landwirtschaft im Sächsisch-Thüringischen 1945 bis 1990, Beucha 2000. Schier, Barbara: Alltagsleben im „sozialistischen“ Dorf. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik (1945-1990), Münster 2001. Humm, Antonia Maria: Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und Bundesrepublik Deutschland 1952- 1969, Göttingen 1999.

Marie Luisa Allemeyer: „Kein Land ohne Deich ...!“ Lebenswelten einer Küstengesellschaft in der Frühen Neuzeit, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte Band 222).

rezensiert von Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Hamburg

Die von Marie Luisa Allemeyer vorgelegte Publikation geht auf eine von Manfred Jakobowski-Tiessen angeregte und betreute Dissertation zurück, die 2005 von der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel angenommen wurde. Der Titel deutet schon an, dass es sich nicht um „Küstengesellschaften“ und „Deiche“ handelt, sondern um eine spezifische, nämlich die auf der Halbinsel Eiderstedt an der Westküste Schleswig-Holsteins. Ziel der Arbeit ist es, über eine „multiperspektivische Untersuchung der ‚Mikroregion Deich‘ ... bisher unbekannte Einblicke in die küstennahen Lebenswelten der Frühen Neuzeit“ zu gewinnen „und vermeintliche Axiome dieser Lebenswelten einer kritischen Prüfung“ zu unterziehen (S. 28). Da speziell in Schleswig-Holstein (aber genauso auch im nördlichen Niedersachsen) eine ganze Reihe „verbreiteter Bilder“ und „Stereotypen“ hinsichtlich des Lebens im Deichschutz und des „Kampfes Mensch gegen Meer“ vorhanden sind, sollen die Quellen befragt und ein näher an der historischen Realität orientiertes Bild gezeichnet werden. Deichbau und –unterhaltung sind konfliktträchtige Tätigkeiten, da hier die Interessen Einzelner ebenso aufeinander prallen wie die von Mikrogesellschaft und Einzelnen oder die von Dorfschaften. Ebenso gibt es Konflikte zwischen Herrschaft und Untertanen – gerade in Zeiten, in denen Herrschaft sich in kameralistischer Absicht in die Autonomie der Deichgenossenschaften einmischt und im wahrsten Sinne des Wortes Boden (Anwachsland, neue Köge) zu gewinnen trachtet.

Die Arbeit ist überzeugend aufgebaut. Nach einer kurzen Einleitung (S.11-38) folgt der beschreibende erste Teil, in dem zunächst die Marschregion in der Frühen Neuzeit in ihrer Geologie und Morphologie, der Besiedlungs- und Bedeichungsgeschichte sowie der politischen Verfassung vorgestellt wird (S.41-78). Besonderes Gewicht liegt auf der landschaftlichen und kommunalen Selbstverwaltung, die hier sehr ausgeprägt ist. Dann geht es um den Deich „als strukturierendes Element der küstennahen Lebenswelt“ (S. 79-156): in der Landschaft, in der Mentalität, im Recht, in der Gesellschaft und als Objekt herrschaftlicher Begierden.

Der zweite Teil stellt drei große Komplexe von Streitgegenständen um den

Deich heraus. Zunächst geht es um die Frage der Zugehörigkeit zur Marschengesellschaft (S. 159-225). In der Innen- wie der Außenperspektive geht es vor allem um die Deichsolidarität: Welche Grenzen gibt es für den überlebenswichtigen Zusammenhalt der Deichgenossen? Die Ablehnung der gemeinschaftlich finanzierten Kommuniondeichung (im Gegensatz zur althergebrachten, individuell ausgeführten Kabeldeichung) nimmt einen wichtigen Platz ein, aber auch die Frage der Abwehr schädigender Sekundärnutzungen (Beweidung, Befahren). Die Perspektive von außen wird durch gelehrte Beobachtungen und Ratschläge zur Verbesserung des Deichwesens gegeben.

Der Streit um den Deich ist aber auch Austragungsort für Konflikte um Besitz, Autonomie und Herrschaft (S. 227-291). Insbesondere die Neuerungen wie das Engagement niederländischer Deichbaumeister, die Schaffung des Deichgrafenamtes und seine Besetzung, die Bildung der sog. „oktroierten Köge“, aber auch der herrschaftliche Zugriff auf Deiche und Deichverwaltung (über „Beamte“) boten reichlichen Stoff für Auseinandersetzungen. Schließlich wird in den Deichkonflikten auch sichtbar, wie das Verhältnis zwischen Gott, Mensch und Natur gedeutet und sinnhaft konstruiert wird – und zwar durchaus in einer Entwicklung, die die Geistesgeschichte des Frühen Neuzeit mit einiger zeitlicher Verzögerung widerspiegelt (S. 293-383). Wird zunächst erfolgreiche Bedeichung und Abwehr von Sturmfluten als „Gottesgnade“ interpretiert, während Deichbrüche und Überschwemmungen als „Gottesstrafe“ gedeutet wird, so entfalten sich im 18. Jahrhundert mehrere Facetten des Naturverständnisses: Neben dem furchtbaren Meer steht die reiche und freigebige Natur, die bisweilen überlegen und doch zu bändigen, ja, womöglich zu veredeln ist. Die Frage der Deichsicherheit ist in diese unterschiedlichen Deutungsmuster eingebunden: Hier reichen die Antworten von „Alles liegt in Gottes Hand“ bis zum „Der Deich schützt gegen alles – wenn der Mensch sich nur darum bemüht“.

Eine knappe Zusammenfassung (S. 385-389) lässt den eiligen Leser die Kernaussagen der Arbeit nachvollziehen, ein umfängliches Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 391-437) zeigt die Bandbreite der einbezogenen Literatur (die Fußnoten von z.T. erstaunlichem Umfang machen deutlich, dass hier Vollständigkeit nicht nur vorgespiegelt wird), ein kleines Glossar (S. 439-440) hilft dem nicht-marschenkundigen Nicht-Schleswig-Holsteiner ein bisschen, wichtige Termini zu verstehen, und nützliche Personen- und Ortsnamenindizes (S. 441-448) helfen bei Punktsuche.

Marie Luisa Allemeyer ist mit ihrer Arbeit wirklich gelungen, was sie wollte: De-

Rezension

konstruktion der überkommenen, inzwischen vielfach folkloristisch verbrämten und genutzten Vorstellungen von Deichbau und –unterhaltung in der Neuzeit. Durch genaue Auswertung der Quellen lässt sich die Haltung der im Schutz der Deiche wohnenden und arbeitenden Menschen zu ihrem Hauptschutzbauwerk differenziert nachvollziehen. Und es wird deutlich: Die Deichinteressenten wussten sehr wohl, wie sie ihre Deiche zu bewahren hatten und brauchten dazu nicht herrschaftlich inspirierte Gelehrte, die oft genug nur das Interesse ihrer fürstlichen Förderer im Auge hatten. Auf diese und ihre Äußerungen gehen übrigens zu einem erheblichen Teil die später rezipierten und verfestigten Ansichten über die angebliche Streitsucht der Marschbauern und die Rückständigkeit des Kabeldeichs zurück.

Ich darf vielleicht drei kleinere kritische Anmerkungen machen. Auch wenn Marie Luisa Allemeyer im Ganzen die zeitliche Dimension und die ihr innewohnende Dynamik beachtet, so neigt sie doch an manchen Stellen dazu, die Frühe Neuzeit als einen homogenen Block zu betrachten – etwa wenn sie (S. 205 ff.) Vorgänge aus dem Jahr 1643 ohne weitere Umstände mit solchen aus dem Jahre 1798 vergleicht. Mir sind solche statik unterstellenden Parallelsetzungen immer verdächtig: Die krisen-gebeutelten Eiderstedter des 17. Jahrhunderts haben sicher anders gedacht als die in ökonomischer Hochblüte stehenden des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Das sollte (bei aller scheinbaren Gleichartigkeit ihrer Handlungen) im Blick bleiben. – Die Entwicklung von der Auffassung, dass der Deich nur gottgewollt halten kann, hin zu einer eher rationalistischen oder „technisch-optimistischen“, dass es schon menschenmöglich ist, sich vor Sturmfluten zu schützen, dürfte wohl keine so ganz klare Linie verfolgt haben; selbst aufgeklärte Bauern wie in den holsteinischen Elbmarschen beschlossen noch 1780: „Ob wir nicht der christlößlichen Gewohnheit nach, um unseren so wichtigen als gefährlichen Schleusenbau glücklich vollführen zu mögen, in unserer Kirche beten lassen wollen, und übermorgen durch die Herren Predigers den Anfang machen lassen, im maßen die negeste Woche der Schleusen-deich abgebracht werden muß? – Responditur: Ist mit Ja bewilliget.“ Die Grevenkoper hielten also traditionell an einer Gebetsleistung für günstiges Wetter und Sturmflutabwendung fest, obwohl sie längst Bermedeiche und ähnliche Neuerungen kannten und einsetzten. – Und dann darf auch nicht umstandslos die Westküste der Herzogtümer Schleswig und Holstein mit allen ihren kleinteiligen Sonderzonen gleichgesetzt werden. Dem Binnenländer mag Nordseeküste immer Nordseeküste sein; genaues Hinsehen zeigt viele Unterschiede – schon zwischen Eiderstedt und dem benachbarten Dithmarschen, noch vielmehr zwischen Eiderstedt und den holsteinischen

Rezension

Elbmarschen. Und wenn (S. 246 ff.) ein Borsflether Fall (Borsfleth, Kreis Steinburg, Elbmarschen) kurzer Hand mit eiderstedter Vorgängen parallelisiert wird, dann wäre doch immer der stark differierende (rechtliche, verfassungsmäßige, landeskulturelle) Hintergrund zu beachten. Selbstverständlich gilt das in gesteigertem Maße für die Heranziehung etwa oldenburgischen Materials zur Erklärung der eiderstedter Mentalitäten (S. 372 ff.). Meines Erachtens gibt der Deich keine Klammer für alle Mikrogesellschaften, die sich mithilfe des Deichschutzes des bedrohlichen Meeres erwehren mussten, her; zu stark waren die unterschiedlichen regionalen Prägungen.

Insgesamt ist mit der äußerst gründlichen wie sorgfältigen Arbeit in der Tat viel über den Landschaft, Gesellschaft und Wirtschaft neben anderen Faktoren strukturierenden Deich in Eiderstedt zu Tage gebracht worden. Manches dürfte auch für andere bedeihte Marschregionen zutreffen, doch ist bei Vergleichen stets der differierende sozio-ökonomische, mentale und herrschaftliche Hintergrund zu beachten. In jedem Fall lohnt es sich, die bis zum Erbrechen wiedergekäuten Kampfmetaphern in historiographischer Absicht – wie hier geschehen – zu dekonstruieren und ihren ideologischen Gehalt bloßzulegen. Hierzu einen gewichtigen Anstoß gegeben zu haben ist nicht das geringste Verdienst dieser ausgezeichneten, von beachtlicher Tiefe der Durchdringung des Stoffes zeugenden Arbeit.

Für **Studierende** ist die Mitgliedschaft im Arbeitskreis zum reduzierten Beitrag möglich!

+ Newsletter-Bezug

+ Möglichkeit zur Präsentation auf

www.agrargeschichte.de

für **5 Euro pro Jahr** (o. Bescheinigung, max. drei Jahre)

“Agriculture and Economic Development in Europe since 1870”

Michael Kopsidis, Halle (Saale)

Unter diesem Titel fand am 21. August 2006 eine Sitzung im Rahmen des XIV. Kongresses der “International Economic History Association” (IEHA) in Helsinki statt. In 15 Vorträgen und fünf Kommentaren boten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ganz Europa und den USA einen vergleichenden Überblick zur Agrarentwicklung und ihrem Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum für europäische Staaten und Großräume seit 1870. Bis heute fehlt für Europa eine solch umfassende vergleichende Analyse.

Befassen sich Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung europäischer Staaten seit Mitte des 19. Jahrhunderts vornehmlich mit der Industrialisierung bzw. dem gewerblichen Sektor, so bleibt dennoch Tatsache, dass bis auf wenige Ausnahmen um 1870 der Agrarsektor in den meisten europäischen Ländern immer noch einen wichtigen, wenn nicht den größten ökonomischen Sektor darstellte. Hinzu kommt, dass sich in den schwach entwickelten europäischen Staaten im Mittelmeerraum sowie im Südosten und Osten des Kontinents die Integration in die Weltwirtschaft und die internationale Arbeitsteilung vornehmlich über einen agrarisch dominierten Exportsektor vollzog. Erstmals ab Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte hierbei eine Anpassung der Landwirtschaft an die überseeische Konkurrenz (Stichwort: “European Grain Invasion”) und die Ausrichtung des größten Teils der Agrarerzeugung auf den internationalen Markt hin. Zusätzlich gilt, dass in einigen Ländern mit einer erst spät einsetzenden nachholenden Entwicklung der Ernährungswirtschaft über lange Jahrzehnte eine wichtige Rolle für das Wirtschaftswachstum und die Entfaltung einer industrialisierten Volkswirtschaft zukam. Zusammenfassend gesagt, für die Einkommenssicherung breiter Bevölkerungsschichten und die eigenen Entwicklungsperspektiven blieb für die Mehrzahl der europäischen Länder auch noch im 20. Jahrhundert über lange Jahrzehnte die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Natürlich gab es hierbei große Unterschiede zwischen den höchst unterschiedlich weit entwickelten europäischen Großräumen. Der behandelte Zeitraum der Vorträge zu den einzelnen Ländern erstreckte sich dabei bis zum jeweiligen Ende der strukturellen Transformation bzw. dem endgültigen Übergang von einem Agrarland hin zu einer modernen Volkswirtschaft. Somit wurden entwicklungsökonomisch ähnliche Perioden verglichen und nicht zeitgleiche Abschnitte.

Die ersten drei Vorträge, kommentiert von Debin Ma von der London School of Economics, befassten sich mit konzeptionellen Fragen einer vergleichenden Studie zur Agrarentwicklung (Alan Olmstead, UC Davis), der britischen Erfahrung als Sonderfall (Steve Broadberry von der Universität (U) Warwick) und der Rolle der Weltmärkte und des internationalen Agrarhandels für Europas Landwirtschaft 1870 – 2000 (Gema Aparicio, Vicente Pinilla, Raul Serrano, U Zaragoza). In den beiden nachfolgenden Vortragsblöcken ging es jeweils um die wohlhabenden Länder. Hier wurde die Agrarentwicklung nur bis zum Zweiten Weltkrieg verfolgt, da nach 1950 keine nennenswerten gesamtwirtschaftlichen Effekte von der Landwirtschaft mehr ausgingen. Kommentiert von Cormac O’Grada (U College, Dublin) befasste sich der erste Block mit Schweden (Lennart Schon, U Lund), Dänemark (Ingrid Henriksen, U Copenhagen) und den Niederlanden (Jan-Peter Smits, U Groningen). Der zweite Block umfasste Frankreich (Nadine Vivier (U Maine), Deutschland (Oliver Grant, U Oxford) und Italien (Giovanni Federico, EUI Florenz) und wurde von Jörg Baten (U Tübingen) kommentiert. Danach kam „The Poor South“ 1870 – 1973 mit Beiträgen zu Spanien (Ernesto Clar, Vicente Pinilla, U Zaragoza), Portugal (P. Lains, U Lissabon) und Griechenland (Socrates Petmezas, U Kreta), kommentiert von James Simpson (U Carlos III, Madrid). Zum Abschluss der Sitzung gab es drei Vorträge zu Zentraleuropa (1870- 1973) und der Türkei (1870-2000) von Nikolaus Wolf (U Warwick) zu Polen, Michael Kopsidis (IAMO / Halle) zu Ungarn und von Sevket Pamuk (U Bogazici, Istanbul) zur Türkei.

Fast alle Papiere finden sich unter dem Nachnamen der Autoren und lassen sich aus dem Internet herunterladen: <http://www.helsinki.fi/iehc2006/papers2/>. Bei den Papieren handelt es sich um vorläufige Fassungen. Bei Routledge Press erscheint 2007 ein Band unter dem Titel „Agriculture and Economic Development in Europe since 1870“, der dann die endgültigen Fassungen aller überarbeiteten Papiere als Buchkapitel enthält. Herausgegeben wird dieser Band gemeinsam von Pedro Lains und Vicente Pinilla, die auch das gesamte Forschungsprojekt unter dem gleichnamigen Titel organisiert haben, dessen Abschluss nach einem Workshop in Saragossa im Jahr 2005 und der Sitzung in Helsinki das Buch darstellen wird. Nähere Informationen zu diesem Forschungsprojekt sind über das Internet zugänglich: http://agriculture.unizar.es/index.php?no_salto=3.